

Heft der Großmannschen Zeitungen („M.M.“ und „Tagebuch“), die vom österreichischen Militärärztl. Hofe ausgefallen werden, jeder legt einen Plan vor.

Heftlich, als Vertrauensmann der großen Krautjunker, will er Roggenzucht haben. Das bedeutet, daß die „Reaktion“ von den Roggenzuchtarten abhängen soll. Der Plan seiner Wägen ist der selbe, wie der des Stimmendirektors Minoux (der sich schamhaft „Friedrich Pfaff“ nannte).

Die Sprachlehre der großen Unternehmer wollen die „gute Währung“ vom Staat unabhängig machen, d. h. eine private Währungsform als eine reine Konkurrenz anstellen, welche die neue Währung ausgeben soll, zum Geldmacher Deutschlands machen. Der Stimmendirektor ist am besten; er fordert Klipp und Klar. Er hat die Zeit (von mindestens zwei Stunden täglich), und sein Plan ist nichts als der Stimmendirektors. Er hat ein finanzielles Gebot. Der Stimmendirektor plant jetzt am besten das Möglichste an dieser Quasifinanzlehre. Er will die Welt „herunter“, neues Geld in nur geringem Umfang machen lassen — daß dabei die Arbeiter keine Wägen werden bekommen können, weiß er; er nennt „das aber eine Geländungsfrist“. Aber was eigentlich mit dem „neuen Geld“ geschehen soll, kann kein Mensch sagen. Denn da er weiß, daß seine Währung da ist (weder Gold noch Devisen), so muß er verlangen, daß erfenst das „neue Geld“ nur im Bereich der Großunternehmer untereinander benutzt werden soll, und daß zweitens mit dem Ausland keine Geschäfte in diesem „neuen Geld“ gemacht werden.

Gerade im Verkehr mit dem Ausland geht die Welt zum Teufel. Das Ausland hat bei den letzten Wahlen in sich haben. Deshalb aber kann sich die Staatskraft im Ausland nicht bewegen. So muß sie laufen. Diese Aufgabe offenbart den ganzen Umfang des Planes.

4. Das russische Finanzbeispiel

Bei all diesen Quasifinanzlehren dienen russische Vorgänge (ausgeschlossenem Maße als Beispiel). Die Comptierung der im letzten Jahr den Rubel benennenden, und zwar zweimal. Das heißt: 1922 hat man neue Rubel eingeführt, bis auf 10 000 Rubel des Jahres 1921 ein ein Rubel des Jahres 1922 gleichgesetzt wurden. Diese Operation wurde wiederholt, eine neue Ausgabe von 100 Rubel wurde gleichgesetzt 100 Rubel des Jahres 1922, so daß 1 000 000 der Rubel des Jahres 1922 1923 sind. Ferner hat man Goldwährung neben der Rubelwährung eingeführt durch die Schaffung des Thronens (Goldfr.), der nicht nur werksfähig ist, sondern sogar über den Wert des unglücklichen Goldes hinausragt.

Der Unterschied zwischen Gold und dem Rubel ist ein Unterschied der Währung, nicht der Währung. Er ist ein Unterschied der Währung, nicht der Währung. Er ist ein Unterschied der Währung, nicht der Währung.

Und eine Denomination der umlaufenden Währung war möglich erstens zur Zeit der Denomination ein Teil der Bevölkerung noch Naturalisten erhielt, und vor allem, weil zweitens in Russland die Volkswirtschaft von Staats wegen so geregelt ist, daß die Wägen ausreichte, wenn sich kein wenigstens einige Minimal-Notstände sind. Da diese Voraussetzungen in Deutschland in jeder Beziehung fehlen, da die Projekte, die Russland nachahmen wollen, erst dann möglich sind, wenn die russischen Voraussetzungen da sind: alle Macht in den Händen des Proletariats, die Schlüsselindustrie in den Händen des Staates, die nationalisierten Industrie des Landes — und des Außenhandels erst recht in den Händen der proletarischen Staatsmacht.

5. Die neuen Ruhr-Vorkämpfer-Projekte

Sinter all den Projekten steht nicht der Glaube an deren Wirkung. Deshalb erhebt immer lauter und eindringlicher der Ruf nach deutsch-französischer Wirtschaftsgemeinschaft. Nicht nur Stiresmann, auch bei Ruhrdruck dieses Ziel geschildert. In der Zeit, ein Empfänger zwar, aber doch ein einflussreicher Industrieller, die Soziale Gruppe, alle sprechen laut nach dieser „Wirtschaftsentente“. Die Stiresmanngruppe arbeitet ohne Gehalt auf dieses Ziel. Im Rheinland wird praktisch damit begonnen, ein neues „rheinisches Geld“ zu lancieren.

6. Die Wägen geht inzwischen weiter

Der letzte Markkurs ist, überhaupt weiß das, nur durch „Interventionen“ „abgehalten“ worden. Auf in die Länge, darüber lohnt es nicht, zu reden. Wie großartig all diese Dinge gemacht werden, zeigt das keine Beispiel der famosen „Zwangsanleihe“, die nicht mehr geschildert werden soll, weil mit ihr etwas „passiert“ ist. Dieses Kapitel wird nämlich an der Vorbereitungs- und hat der Zweifel meist wegfällt, den Kurs von 800 bis 1000 erreicht. Gehalt war diese „Zwangsanleihe“ als Opfer des Volkes. Die alle Welt, ein, die nur vor, vier Monaten „gezeichnet“ haben, zahlen jetzt die Summe (Nominalwert), erhalten dafür die Stücke der Zwangsanleihe in die Hand und können sie an demselben Tage für den achtfachen Betrag zum Verkauf bringen. Das ist „gezeichnet“ haben. So leben nicht allein die „Opfer“ des Volkes, so sieht die Finanzpolitik des Reiches und seiner Regierung aus.

Die Erfolge dieser Politik lassen sich vorausagen: Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Preise steigen. Die Zahlungsmittelknappheit wächst, die Quasifinanzlehren ist nicht zu helfen. Es muß endlich Schluss gemacht werden mit der „Zwangsanleihe“, zu nichts führen kann, die Wirtschaftslagen müssen mit der erkrankten Arbeiter- und Bauernregierung selbst die Wirtschaft, die Produktion und die Verteilung regulieren.

Krupp verweigert den Angestellten das Gehalt

(Eig. Bericht) Essen, 9. September.
Die hiesige Reichs-Deutsche und alle Industrieunternehmen (speziell fortwährend Jeter und Wägen) über die Wirtschaftslagen des Reiches im Ruhrgebiet. Die Angestellten der Krupp Werke verlangen am letzten Lohnzahlungstag die Auszahlung ihres fälligen Gehaltes. Die Angestellten befruchteten, da die Besetzung der Krupp-Werke durch die Ingenieurkommission geplant, daß die Kruppwerke die Gehaltsforderung zu zahlen, forderten sie die sofortige Auszahlung des Gehaltes. Obwohl die Gehaltskasse das empfindlich kommt, erklärte der Direktor Krupp, daß unter keinen Umständen vor Freitag ausgezahlt werde. Die Direktion bewies damit, daß sie lieber das Geld den Franzosen in die Hände spielt, als es den Angestellten eines Tag früher auszugeben. Dieses Vorgehen ist ein neuer Beweis dafür, daß deutsche Industrie und die französische Besatzungsbehörde Hand in Hand arbeiten.

Ein Marktenbrot 2½ Millionen

(Eig. Draht.) Berlin, 12. September.
Wie gemeldet wird, soll ab 17. September der Preis des Mehlens der Reichsgetreidebehörde auf das Maßfache erhöht werden. Danach würde sich der Preis für ein Marktenbrot auf 2 500 000 Mark belaufen. Die Diktatur Hinführung trägt sichtbare Früchte.

Berücksichtigung des Ausnahmezustandes

Am 24. Juli verbot Goering alle Versammlungen unter freiem Himmel und unter freier Leitung. Dieses Versammlungsverbot wurde später für Vereinigungen, die keinen politischen oder wirtschaftlichen Charakter tragen, geändert. Die Oberregierungs- und Regierungspräsidenten hatten die Befugnis, Ausnahmen zu gestatten. Jetzt hat Goering diese Befugnis widerrufen. Ausnahmen von dem Verbot kann jetzt nur noch Goering selbst zulassen.

Mit dem Regierungsverbot kann jeder Einzelne regieren. Je unfähiger die Regierung ist, desto mehr wird der Ruf nach einem, desto stärker werden die Polizeiverfahren. Durch diese neue Be-

ordnung wird der Bevölkerung treffend gezeigt, was sie von der sogenannten Demokratie und der demokratischen Verfassung zu halten hat. Goering betrachtet das Volk, die Arbeiter für so unmäßig, daß es nicht auf die Straße gehen kann. Denn Diktatur — das ist diese Verordnung bei Goering und den Sozialdemokraten noch lange nicht. Diktatur, das wollen doch nur die Kommunisten, gegen die in erster Linie sich diese Verordnung richtet.

Die kommunistische Presse des Ruhrgebiets verboten

(Eig. Draht.) Essen, 12. September.
Die kommunistischen Zeitungen im Ruhrgebiet sind erneut verboten. Das Ruhr-Gesetz bis zum 15. November, die „Westfälische Arbeiterzeitung“, Dortmund, die „Westfälische Arbeiterzeitung“, Bochum, die „Mittelrheinische Arbeiterzeitung“ bis Februar 1924. Die „Sozialistische Freiheit“, Köln und die „Westfälische Arbeiterzeitung“, Solingen, sind von den englischen Besatzungsbehörden wegen Aufrufs zum Generalstreik noch immer verboten.

Französische Offiziere verhaften kommunistische Funktionäre

(Eig. Draht.) Eisenfeld, 11. September.
Bei sechs Funktionären der kommunistischen Partei in Neffing-Bonn wurden französische Kriminalbeamte in Begleitung französischer Offiziere und hielten Hausdurchsuchungen ab. Vorhandene Beschlagnahme, sowie zum Verkauf bestimmte Bücher wurden beschlagnahmt. Der Vorsitzende der Partei, Genosse Wölter, wurde verhaftet.

Aufmarsch der proletarischen Hundertthausen in Dresden

In Dresden fand ein imposanter Aufmarsch der gemeinsamen Hundertthausen statt. Ungefähr 8000 organisierte Mitglieder der Hundertthausen nahmen an der Dresdener Demonstration teil. Der Aufmarsch geschah unter der Führung der gemeinsamen politisch und technisch Leitung der KPD, der SPD, der KPD, und der KPD. Die rechten Sozialdemokraten hatten noch in letzter Minute versucht, den Aufmarsch zu sabotieren. Der Aufmarsch der gemeinsamen Hundertthausen geschah in der unvollständigen Weise und war die beste Antwort auf die Schelte der rechten SPD-Führer. Auf der Demonstration fand die Auffstellung der Hundertthausen statt. Die Redner der KPD, und der SPD, hielten Vorträge. Der technische Leiter der Hundertthausen, der sozialdemokratische Stadtrat Lertze, hielt eine Ansprache, in der er erklärte: „Die nächsten Tage werden zeigen, daß die letzte Regierung, die letzte „ordentliche Regierung“, nicht weiter existieren kann. Die Diktatur ist unvermeidlich, es gibt nur die Wahl zwischen Rechts und Links. Wir sind bereit, die Diktatur von Links zu führen. Wir werden alles tun, um die Arbeiterklasse um uns zu führen. Wir werden alles tun, um die Arbeiterklasse um uns zu führen. Wir werden alles tun, um die Arbeiterklasse um uns zu führen.“ Die Hundertthausen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An die Auffstellung auf der Demonstration schloß sich eine Demonstration der Hundertthausen durch die Stadt an.

Die sozialdemokratische Presse verweigert verlegen die Demonstration der Dresdener Hundertthausen. Die hiesige Presse entsetzt eine solche Demonstration der gemeinsamen Hundertthausen. Sie verurteilt die Reichsregierung, um nicht in „nationalsozialistische Verbrüderungen“ in Siedeln ein Ende zu machen. Das hiesige „Volksblatt“ bezeichnet die Hundertthausen als „Proletariat“.

Berliner Betriebsräte im Landtag

Leinert läßt sie hinauswerfen — Das Parlament unter dem Druck der Arbeitermassen

(Eigenes Bericht) Berlin, 11. September.

Den Preßberichtsstand, den die alte Koalition von Stines Gnaden in Preußen bei Goering und die neue Koalition von Stines Gnaden im Reich durch Solmann den revolutionären Arbeiterbewegungen hat mit dem Verzicht auf Unterdrückung ihrer Kampfkraft, hat das Berliner Proletariat entschlossen ausgeprochen. Den Reichstag und die Abgeordneten der Arbeiter in den Abgeordnetenversammlung, die Empörung der Arbeiter in den Betrieben durch spontane Kundgebungen. Der Wille der Arbeiter, für den Gehalt ihrer, durch die verkappte Sozialdiktatur der Stinesminister bedrohten Rechte zu kämpfen, durch die Wägen die Rechte des Reichsparlaments und legte den Spielern, die sich da unten im Reich herumtummeln, einen gehörigen Schrecken in die Glieder. Dem Führer der parlamentarischen Arbeit und Ordnung Leinert, erschienen die Jorgesundgebungen der Proletarier auf den Tribünen am Ende der Sitzung so bedenklich, daß er den Hinweis anordnete.

Die kommunistische Fraktion forderte bei Beginn der Sitzung, daß nicht über die vorliegende heftigste Tagesordnung verhandelt würde, sondern vorher die Arbeiter sich zu den von ihr eingebrachten Anträge auf Anerkennung der proletarischen Kontrollorgane zur Bekämpfung des Wägers, der proletarischen Hundertthausen zur Bekämpfung des Stines, sowie die Jurisdiktion des Reiches zur „Rollen-Form“ und der gegen die Betriebsrätebewegung von Goering gerichteten Wägen.

Genosse Ernst Meyer bezeichnete die vorliegende Tagesordnung als einen Hohn auf den Wägen der Massen und die gefahrten politische Situation. Genosse Kay kündigte die so dringend notwendige Unterdrückung mit dem neuen Vorleser in Hannover an. Genosse Scholz forderte, daß der Landtag unzulässig zu der Unterdrückung der Organe der revolutionären Arbeiter, der „Rollen-Form“, des Rührer-Ausschusses der Betriebsräte und ihres Kongresses Stellung nimmt. Keine der Landtag dies an, beide er damit die Redensbrüche der Minister. Es hatten sich auch andere Genossen gefahrten Ordnungsmäßig zum Wort gemeldet, um weitere Anträge als dringlich zu begründen. Der Präsident Leinert und seine Koforte witzige Gehalt für die Reaktion, er nahm deshalb begierig einen Schlußantrag auf, den der sozialdemokratische Oberstleutnant Heilmann einbrachte und würzte dann kurzgehand die Debatte ab.

Die von den Genossen Kay und Meyer auf Grund der Geschäftsordnungsbestimmungen dagegen geltend gemachten zwingenden Einwendungen, schlug er in den Wind. Was liegt dem Menschen an der Geschäftsordnung, zu deren unzulässiger Handhabung er verpflichtet ist, wenn die Unterdrückung der Kommunisten damit nicht zustande bringt!

Zu den Punkten der Tagesordnung wurde sofort nicht gesprochen. Nur einmal entsetzte Genosse Kallan eine Debatte, in dem er der hiesigen sozialdemokratischen Fraktion unzulässiger Wechsel an die proletarische Bevölkerung auf dem Wege der parlamentarischen Auffassung der kommunistischen Partei entgegenstellte und die Notwendigkeit der Gewinnung der hiesigen Bevölkerung für die Revolution auf dem Wege über die Arbeiter- und Bauern-Regierung darlegte. Wie wenig die Sozialdemokratie dem Problem des sozialistischen Aufbaues unter Mithilfe der Bauern beizuhelfen vermag, bewies Herr Kallan, die Geschäftsordnungsbestimmungen der SPD-Fraktion, indem er von „kommunistischer Demagogie“ sprach und die Bauern allezeit für unverständliche Wäger erklärte.

Die von der Regierung dem Landtage vorgelegte Ausführungsbestimmung zum Beamten-Dienstleistungsgesetz, gab dem Genossen König, Wägen, Gelegenheit zu scharfer Kritik des bisher geltenden Systems der zwingigen Gehaltsfestsetzungen, mit dem Kund-

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich gegen Herrn Schults und gegen die Große Koalition entschieden, werden sie sich auch zum Schritt ihrer hiesigen Genossen entschließen?

Fazistenattentat auf eine Kommunistenversammlung

(Eig. Draht.) Bensheim, 11. September.
Die Fazisten haben in Bensheim ein Attentat auf eine Versammlung der Kommunistischen Partei verübt. Unsere Partei hatte im „Rodenheimer“ ihre Mitgliederversammlung. Am 11. September um 11 Uhr ergab ein lauter Knall und es explodierten in der Versammlung sämtliche Fensterbänke. In unsere Genossen heraufgeschrien, war kein Verletzte mehr zu sehen. Eine genaue Befragung ergab, daß vor dem Knall eine Bombe geworfen war, die in den Erdboden ein großes Loch gerissen hatte. Die Verletzungen sind zum Glück nicht zu verzeichnen.

Dieses Bombenattentat auf eine Versammlung der Kommunistischen Partei zeigt den Arbeitern erneut die ungeheure faschistische Gefahr. Es sind das genau dieselben Methoden, die die Faschisten in Italien angewandt haben und noch anwenden, in dem die Versammlungen auseinanderzutreiben und Attentate auf die Versammlungsführer und die Versammlungsführer zu verüben. Gerade im Oberland ist ein Sammelplatz für die Faschisten, wo sie sich zusammenziehen zum Schlag gegen die Arbeiterklasse.

Auf die Zukunft bezügliche Attentate zu verhindern, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse einen starken Geschichtsorgan für die Bewachung ihrer Versammlungen und ihrer Einrichtungen, das auf die hiesigen Faschisten (Kollie, Gendarmen), kein Verlaß ist, hat sich auch in Bensheim gezeigt, wo weit und breit kein Faschist zu sehen war.

Ueberstundenstreik der Bantangehellenen

(Eig. Draht.) Berlin, 12. September.
Eine von über 5000 Bantangehellenen besetzte Versammlung im „Kriegerehrenhaus“ beschloß, ab heute in Groß-Berlin als Protest gegen den ungenügenden Schicksal des Reichsarbeitsministeriums, in den Ueberstundenstreik einzutreten.

Ebert ist nicht mehr „Genosse“

Waldkirch, 11. September.
In der Mitgliederversammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Waldkirch, wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „Vor allem spricht die Versammlung dem Reichspräsidenten Ebert das Recht ab, Parteimitglied der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu sein. Wer sich als Sozialdemokrat fühlend vor einen sozialistischen Reichsarbeitsminister stellt, hat keinen Anspruch mehr auf den Namen „Genosse“.“

Die Belgier fehlen den Erwerbslosen das Geld

Buer, 12. September.
Belgier nahmen gestern in der Stadtkasse alle vorzulegenden Geld, etwa 60 bis 70 Milliarden weg. Die auf die Auszahlung des Geldes wartenden Erwerbslosen wurden aus dem Rathaus hinausgeschrien. In einem der letzten Abende wurden auf dem Wege von Buer nach Heil eine Barzahlungsumme und eine Arbeiterliste von zwei belgischen Soldaten überfallen und pergehalzt. Viele Soldaten konnten verhaftet werden.

Berliner Betriebsräte im Landtag

Leinert läßt sie hinauswerfen — Das Parlament unter dem Druck der Arbeitermassen

(Eigenes Bericht) Berlin, 11. September.

Den Preßberichtsstand, den die alte Koalition von Stines Gnaden in Preußen bei Goering und die neue Koalition von Stines Gnaden im Reich durch Solmann den revolutionären Arbeiterbewegungen hat mit dem Verzicht auf Unterdrückung ihrer Kampfkraft, hat das Berliner Proletariat entschlossen ausgeprochen. Den Reichstag und die Abgeordneten der Arbeiter in den Abgeordnetenversammlung, die Empörung der Arbeiter in den Betrieben durch spontane Kundgebungen. Der Wille der Arbeiter, für den Gehalt ihrer, durch die verkappte Sozialdiktatur der Stinesminister bedrohten Rechte zu kämpfen, durch die Wägen die Rechte des Reichsparlaments und legte den Spielern, die sich da unten im Reich herumtummeln, einen gehörigen Schrecken in die Glieder. Dem Führer der parlamentarischen Arbeit und Ordnung Leinert, erschienen die Jorgesundgebungen der Proletarier auf den Tribünen am Ende der Sitzung so bedenklich, daß er den Hinweis anordnete.

Die kommunistische Fraktion forderte bei Beginn der Sitzung, daß nicht über die vorliegende heftigste Tagesordnung verhandelt würde, sondern vorher die Arbeiter sich zu den von ihr eingebrachten Anträge auf Anerkennung der proletarischen Kontrollorgane zur Bekämpfung des Wägers, der proletarischen Hundertthausen zur Bekämpfung des Stines, sowie die Jurisdiktion des Reiches zur „Rollen-Form“ und der gegen die Betriebsrätebewegung von Goering gerichteten Wägen.

Genosse Ernst Meyer bezeichnete die vorliegende Tagesordnung als einen Hohn auf den Wägen der Massen und die gefahrten politische Situation. Genosse Kay kündigte die so dringend notwendige Unterdrückung mit dem neuen Vorleser in Hannover an. Genosse Scholz forderte, daß der Landtag unzulässig zu der Unterdrückung der Organe der revolutionären Arbeiter, der „Rollen-Form“, des Rührer-Ausschusses der Betriebsräte und ihres Kongresses Stellung nimmt. Keine der Landtag dies an, beide er damit die Redensbrüche der Minister. Es hatten sich auch andere Genossen gefahrten Ordnungsmäßig zum Wort gemeldet, um weitere Anträge als dringlich zu begründen. Der Präsident Leinert und seine Koforte witzige Gehalt für die Reaktion, er nahm deshalb begierig einen Schlußantrag auf, den der sozialdemokratische Oberstleutnant Heilmann einbrachte und würzte dann kurzgehand die Debatte ab.

Die von den Genossen Kay und Meyer auf Grund der Geschäftsordnungsbestimmungen dagegen geltend gemachten zwingenden Einwendungen, schlug er in den Wind. Was liegt dem Menschen an der Geschäftsordnung, zu deren unzulässiger Handhabung er verpflichtet ist, wenn die Unterdrückung der Kommunisten damit nicht zustande bringt!

Zu den Punkten der Tagesordnung wurde sofort nicht gesprochen. Nur einmal entsetzte Genosse Kallan eine Debatte, in dem er der hiesigen sozialdemokratischen Fraktion unzulässiger Wechsel an die proletarische Bevölkerung auf dem Wege der parlamentarischen Auffassung der kommunistischen Partei entgegenstellte und die Notwendigkeit der Gewinnung der hiesigen Bevölkerung für die Revolution auf dem Wege über die Arbeiter- und Bauern-Regierung darlegte. Wie wenig die Sozialdemokratie dem Problem des sozialistischen Aufbaues unter Mithilfe der Bauern beizuhelfen vermag, bewies Herr Kallan, die Geschäftsordnungsbestimmungen der SPD-Fraktion, indem er von „kommunistischer Demagogie“ sprach und die Bauern allezeit für unverständliche Wäger erklärte.

Die von der Regierung dem Landtage vorgelegte Ausführungsbestimmung zum Beamten-Dienstleistungsgesetz, gab dem Genossen König, Wägen, Gelegenheit zu scharfer Kritik des bisher geltenden Systems der zwingigen Gehaltsfestsetzungen, mit dem Kund-

Scheinmaßnahmen oder Kampf?

Wie ist eine neue Währung möglich?

Die wirtschaftliche Lage hat sich in der letzten Woche außerordentlich verschlechtert. Der Dollar stieg in der vergangenen Woche von etwa 10 auf über 20 Millionen Mark. Die Großhandelspreise erhöht sich nach der Berechnung der Inflation und Handelsbilanz...

Gegen diese Verschärfung der Wirtschaftspolitik will die Regierung der Großen Koalition ein Einverständnis. Will die Regierung, die nun ihr gesteuert und als hervorragend gepriesen werden, helfen nicht...

Neben diesen beiden sehr höher aussehenden, in der Praxis völlig unzureichenden Devisenverordnungen wird jetzt auf die Währungsreform die Einführung einer neuen Währung getrieben. Mit Hilfe der verfehlten Zinsen...

Die verfehlten Zinsen werden in der nächsten Woche auf 10 Prozent erhöht werden. Die deutschen Kapitalisten bedienen sich ihrer nur, um die Lohn- und Gehaltslisten zu besetzen. Noch sieht es nicht feier, in welcher Weise zu einer neuen Währung übergegangen werden soll...

Die verfehlten Zinsen werden in der nächsten Woche auf 10 Prozent erhöht werden. Die deutschen Kapitalisten bedienen sich ihrer nur, um die Lohn- und Gehaltslisten zu besetzen. Noch sieht es nicht feier, in welcher Weise zu einer neuen Währung übergegangen werden soll...

Die verfehlten Zinsen werden in der nächsten Woche auf 10 Prozent erhöht werden. Die deutschen Kapitalisten bedienen sich ihrer nur, um die Lohn- und Gehaltslisten zu besetzen. Noch sieht es nicht feier, in welcher Weise zu einer neuen Währung übergegangen werden soll...

Beachtigung!

Und wenn die Welt voll Moskes wär

Am 8. September verbietet Severing und Bartels den Betriebsratskongress. Am 9. September lagten 500 Betriebsräte in Berlin bei...

Am 9. September werden die Studentenführer Ehrhingen in Göttingen ihren „Deutschen Tag“. Die bayrischen Sturmabteilungen erscheinen in nagelruher Pilseneruniform.

Am 9. September werden die Studentenführer Ehrhingen in Göttingen ihren „Deutschen Tag“. Die bayrischen Sturmabteilungen erscheinen in nagelruher Pilseneruniform.

Zustig-Bestien in Nichtenburg

(Eigener Bericht)

Namens der kommunistischen Fraktion hat der Genosse Gustav Wenzel im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Wiederholt schon hat der Landtag Stellung nehmen müssen zu einzelnen Mißhandlungen von Tausenden weißrussischer Strafkolonisten...

Am 12. August d. S. wurden in der Strafkolonie Nichtenburg die politischen Gefangenen, auch einige Kriminalgefangenen, von dem

Das sozialdemokratische Lügenmaul gestopft

Der Volksblatt-Redakteur F. D. S. Schulz, dem auf dem Reichstageskongress in Halle von dem eigenen Parteigenossen ein Mißtrauensvotum wegen seiner politischen Haltung ausgesprochen worden ist, bringt getrunken in förmlicher Aufmachung einen angeblichen Geheimbericht Adolfs über die SPD, den Stalin nach dem Generalstreik von Berlin nach Moskau geschickt haben soll...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

„Die in den Zeitungen verbreitete Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trotskys ist nichts mehr als eine der üblichen periodischen Fehldarstellungen...

einen fetten Sappen erwischt zu haben, und wieder ist es nicht. In Halle portiert ein einzelner Kutsche befahren ein auf der Bezirksleitung der SPD, wieder Brügel, indem sie ihn bestärkt, daß der Bericht vom Bezirksparlament nicht der Wahrheit entspricht...

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

„In dem gestern veröffentlichten Bericht über den Reichstageskongress in Halle enthält die letzte Zeile folgenden Satz: „Als über die eingegangenen Resolutionen abgestimmt werden sollte, hatten eine Anzahl Delegierte der Bezirksparlamentarier bereits votiert...“

10 Uhr vorm.: Dollar 110 000 000 Mk.

Halle und Saalkreis

Halle, den 12. September 1923.

Arbeiter, wehrt Euch gegen den Wucher!

Dollar	110 000 000 Mark
Margarine	19 000 000 "
Fett	21 000 000 "
Milch	1 600 000 "
Marinenbrot	470 000 "
Brictais	870 000 "

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die deutschen Inhabler und Finanzierer gar nicht daran denken, nach den Beschlüssen der Regierung Stresemann-Sißerding etwas auf dem Altar ihres Vaterlandes zu opfern. Sie halten zuge an ihren gewaltigen Reichtümern und Eitelkeiten und spielen auf dem Saate, auf die treue Beamtenschaft der ganzen Welt, die durch ihre Politik erst im Boden für dieses „Schindlarmut der kapitalistischen Ausbeuter“ schaffen hat.

Der Dollar steht auf 110 000 000 Mark. Der Loth hat nicht, wenn es das hilflose Experimentieren des großen Margrinen-Sißerding auf dem Finanzmarkte heißt. Die Antwort der ungeordneten künftigen Deutschlands heißt die große Welle der Veränderung an der großen Weltbewegung, die dem normalen Gange der Welt folgte und alle auf dem Papier aufgestellten Berechnungen des großen Finanzkünstlers über den Saufen warf. Was bedeutet dem gegenüber die heutigen Hundstunde von 1 bis 2 Millionen Mark oder die geradezu lächerlich geringen Bezüge der Erwerbslosen, die in ihrer Verzweiflung nicht mehr noch aus wissen. Mehr denn je zeigt der Gang der Ereignisse, daß die Arbeiter auch, sich darauf einzurichten, daß sie die Geschichte des Arbeiterlandes Deutschland in ihre Hand nehmen und der Diktatur der Großverwalter ihre Natur entgegengehen, um die Wohlthat der ganzen Welt zu retten. So weit es einzig nicht weiter. Diesen ewigen Kreislauf der Verfallung nicht mehr zu durchbrechen, sondern die Kontrolle der wertvollen Massen muß ein Ende gesetzt werden. Kontrolle der Arbeiter und Angestellten auf allen Gebieten und schließlich durchgeführter Widerstand gegen die prozofalarische Politik der deutschen Unternehmerklasse wird allein dazu führen, diesen Kreis ein Ende zu bereiten.

Das Recht der Frau auf Arbeit

Ueber dieses Thema sprach gestern abend im „Volkspar“ die feministische Fraktion in einer von der SPD einberufenen und beauftragten öffentlichen Frauenversammlung. Früher, in der Zeit der Weimarer Republik, hatte die Frau außer der Arbeitspflicht wenigstens noch all die Rechte der Mitbestimmung wie der Mann, eben weil sie noch keinen von Säulen machenden Haushalt gab. Schon im Beginn der Weimarer Republik wurde die Verbindung der Frau von dem bisherigen Arbeitsrecht, und sie wurde vollständig, voraus, vor ihr Recht und wurde ein minderwertiges Geschlecht gegenüber dem Manne. Aber sie hat dies bewiesen, daß sie unbedingt eben den Mann zu stellen ist, vor allen Dingen im kapitalistischen Staat. So mußte sie während des Krieges die Säulen ausfüllen, die durch das Entweichen des Arbeitsmarktes von männlichen Arbeitsträgern entstanden waren. Aber der Kapitalist wollte die Frau trotz gleichwertiger Arbeit nicht so gut wie den Mann. Da nun die Frau so gut wie gar nicht organisiert ist, hat sie in der letzten Zeit in den Händen des Kapitalisten, der sie heute auch als Arbeiterin in der Frau nicht einen Arbeitsmarktes, sondern einen Konkurrenten. Wenn Arbeiter die Frau gehört in dem Haushalt, so zeigt das, wie wenig sie selber von ihrer Klasse wissen. Die Verhältnisse drängen die Frau zur Selbsthilfe, ohne diese wäre nach dem Hungerdeute preisgegeben. Die Pflicht des Mannes ist es, aufzustehen auf seine Verantwortlichkeiten einzuräumen und die Pflicht der Frau ist es, sich zu organisieren, damit sie in Zukunft nicht mehr das willkürliche Auswuchersobjekt des Unternehmers ist.

Reicher Beifall fand, daß Genossin Krüger den Anwesenden in richtig auf dem Herzen gesprochen hatte. Die Genossin Krüger sprach dann über die Produktionsabgabe des Unternehmens und konnte keine Ausführungen mit diesem Tatsachenmaterial beweisen. Er schilderte die Not der Erwerbslosen, die „Unparteilichkeit“ des Arbeitsnachweises, das Verlangen des baltischen Magistrats gegenüber den Verhältnissen und berichtete dann über die Tätigkeit des Erwerbslosenrates. In der Diskussion wurde vor allen Dingen die Notwendigkeit der notwendigen Bekämpfung der Unterbesetzung und die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenstehens betont.

Schiedspruch für die Angestellten

Der 11. und 12. September: Der Schlichtungsausschuss Halle füllte nach über zwölfstündiger Verhandlung gestern morgen 3 Uhr folgenden Schiedspruch:

1. Die Streikergundbesitzer für das Hofe der Hauptgrundbesitzer.
2. Die nach dem 10. September erscheinenden Indemnitäten für die Lebenshaltungskosten werden in der bis her üblichen Weise geregelt.
3. Die wöchentlichen Stundenlöhne werden auf 100 Prozent erhöht.
4. Ausgleich mit den wöchentlichen Zuschlägen ist ein Anschlag von 65 Prozent auszuwirken, und zwar in der bisherigen Weise.
5. Entschädigungen, für die bei festgelegten Gehältern nicht tragbar erscheinen, können beim Schlichtungsausschuss die Erlaubnis zur unantwärtigen Besetzung beantragen. Ueber den Antrag entscheidet eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses und je einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer, die vom Landespräsidenten benannt werden, ergültig.
6. Die Erklärungsschrift zu dem Schiedspruch läuft am 13. September, vormittags 9 Uhr, ab.

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten nehmen zu dem Schiedspruch heute, Mittwoch, abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Stellung.

• Neue Hofbesetzung! Aus dem Hofministerium wird mitgeteilt, daß man sich dort augenblicklich mit einer neuen Hofbesetzung beschäftigt, und zwar ist eine Erhöhung der Hofämter und Fernspreckgebühren bereits am 10. September vorgefallen, während eine Erhöhung der übrigen Hofbesoldungen am 20. September in Kraft treten soll. Ueber die Höhe der neuen Tarife konnten wir noch keine Mitteilungen erhalten.

• Weitere Ermäßigungen beim Steuerwesen. Wie gemeldet wird, wird das Reichsfinanzministerium zum 1. September eine weitere Erhöhung der Ermäßigungen beim Lohnsteuerwesen einleiten. Es sei bemerkt, daß die bisherigen Steuerfreibeträge zu verdoppeln, so daß z. B. künftig ein Einkommen von rund 10 Millionen Mark pro Monat bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern frei wäre.

• Die Schlichtung des Arbeiterstreiks. Durch vermittelte Maßnahme kam in die letzte und vorgerückte Zeit eine Schlichtung, die inzwischen durch die Verhältnisse ganz und gar überholt wurde. Die Schlichtung betrug 2 000 000, was aus der Aufgabe der Besatz-Zentralbehörde zu erleben ist. Die in der Angelegenheit angegebene Schlichtung ist die einzig maßgebende, die lauten geändert.

• Die Arbeitsbeschäftigten und Arbeiterinteressen. Infolge der Teuerungszulage für die Zeit vom 1. bis 10. September

Das Beamtenträteegezet

Von Emil Eichhorn

(Schluß)

In der ersten Lesung des Beamtenträteegezetes wurde im Beamtenschaftsausschuss auf diesem sauberen Entwurfsnachricht wenig geändert; es bestand noch die sozialdemokratische Bürgerliche Koalition. Die Sozialdemokraten murken im Rahmen des von ihnen vertretenen vorgelegten Entwurfs, die meisten Mitglieder auf ihre bürgerlichen Koalitionspartner nehmen. Es befaßte sich wieder einmal die alte Wahrheit, daß alle sozialen Fragen und auch die Frage umfänger Beamtenarbeiterschaft eines politischen Maßstabes sind. Als die Sozialdemokraten die Koalitionspartner auszuscheiden und die Sozialdemokraten aus der Cuno-Regierung ausgeschieden waren, bekamen die Sozialdemokratischen Vertreter im Beamtenschaftsausschuss darauf, daß ihre Partei auch einmal als Oppositionspartner soziale und demokratische Forderungen erhoben hätte. Jetzt stellen sie eine große Anzahl Anträge, die dem Beamtenträteegezet ein ganz anderes Gesicht geben sollten. Ueber diese Anträge kam es mehrfach zum Konflikt. Die Regierungspartei Cuno, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, schloßen sich zu einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammen und stimmten, unterstützt von den Oppositionellen, die sozialdemokratischen Anträge nicht. Einmal verließ die Arbeitsgemeinschaft sogar das Sitzungszimmer, um den Ausschuss beschlußfähig zu machen und die Verbesserungsanträge zu vereiteln. Wortführer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft waren die Abgeordneten Müller (DVP), Oberpostdirektor Pfeifferle (Zentrum), Oberpostdirektor und Direktor des Gewerkschaftsverbandes der Staatsbeamtenvereinigungen Sülle (Zentrum).

Ein Zusammenstoß zwischen Sozialist und den Sozialdemokraten führte zu einem drastischen Eingriff der formierten Beamtenschaft. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie sich nicht an dem Entwurf beteiligen, der die jetzt durch Anträge befristeten oder verbleiben wollen, ganz einverstanden gewesen seien und sie mit ihren Stimmen nicht abgeben wollten; darauf antwortete der Abgeordnete Gewerkschaftsleiter Bunder (SPD): „Ja, früher mußten wir auch als Beteiligte an der Koalitionserziehung teilnehmende Ratschläge nehmen, jetzt, wo wir nicht mehr in der Regierung sind, stellen wir natürlich ganz andere Forderungen und werden sie konsequent durchsetzen.“

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ging im März 3. B. ansetzend unter dem Druck linksstehender Beamtenträgerorganisationen, in die Brüche. Die Demokraten splitterten ab und schloßen sich den Sozialdemokraten an. Anmerkung gelang es — soweit das die Möglichkeit der Sozialdemokraten und ihre immer noch große Wichtigkeit auf die jetzt durch Anträge befristeten oder verbleiben wollen, ganz einverstanden gewesen seien und sie mit ihren Stimmen nicht abgeben wollten; darauf antwortete der Abgeordnete Gewerkschaftsleiter Bunder (SPD): „Ja, früher mußten wir auch als Beteiligte an der Koalitionserziehung teilnehmende Ratschläge nehmen, jetzt, wo wir nicht mehr in der Regierung sind, stellen wir natürlich ganz andere Forderungen und werden sie konsequent durchsetzen.“

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ging im März 3. B. ansetzend unter dem Druck linksstehender Beamtenträgerorganisationen, in die Brüche. Die Demokraten splitterten ab und schloßen sich den Sozialdemokraten an. Anmerkung gelang es — soweit das die Möglichkeit der Sozialdemokraten und ihre immer noch große Wichtigkeit auf die jetzt durch Anträge befristeten oder verbleiben wollen, ganz einverstanden gewesen seien und sie mit ihren Stimmen nicht abgeben wollten; darauf antwortete der Abgeordnete Gewerkschaftsleiter Bunder (SPD): „Ja, früher mußten wir auch als Beteiligte an der Koalitionserziehung teilnehmende Ratschläge nehmen, jetzt, wo wir nicht mehr in der Regierung sind, stellen wir natürlich ganz andere Forderungen und werden sie konsequent durchsetzen.“

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ging im März 3. B. ansetzend unter dem Druck linksstehender Beamtenträgerorganisationen, in die Brüche. Die Demokraten splitterten ab und schloßen sich den Sozialdemokraten an. Anmerkung gelang es — soweit das die Möglichkeit der Sozialdemokraten und ihre immer noch große Wichtigkeit auf die jetzt durch Anträge befristeten oder verbleiben wollen, ganz einverstanden gewesen seien und sie mit ihren Stimmen nicht abgeben wollten; darauf antwortete der Abgeordnete Gewerkschaftsleiter Bunder (SPD): „Ja, früher mußten wir auch als Beteiligte an der Koalitionserziehung teilnehmende Ratschläge nehmen, jetzt, wo wir nicht mehr in der Regierung sind, stellen wir natürlich ganz andere Forderungen und werden sie konsequent durchsetzen.“

Arbeiter-Sport

Absehn, am 18. September: Reuß und Wilschen, am 17. September: Oeslau und Seeben, am 18. September: Morl und Wöberau, am 19. September: Sennowitz und am 21. September: Letzmitz. Die Untergerichtsleitung.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

• Die Kassen der Arbeitervereine. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend. Die Kassen der Arbeitervereine sind in der letzten Zeit sehr leidend.

die Macht, ihr noch ein ganz anderes Gebräuge zu geben und ein Beamtenträteegezet zu schaffen, das diesen Namen ehrlich verdient. Die Regierung hat in die Ausschussberatungen zweimal in außerordentlich weite eingegriffen. Ein Beweis, wieviel ihr daran liegt, daß Beamtenträteegezet keinen Einfluß erlangen. Es ist nicht möglich, ein solches Gebräuge im Reichstag auszubringen, wenn es gekommen, daß mitten in den Beratungen eines Ausschusses die Regierung eingreift, in Denkschriften zu beschließen Stellung nimmt und die Arbeit der Ausschussmehrheit für unannehmbar erklärt, bevor diese Arbeit abgeschlossen ist. Beim Beamtenträteegezet ist dies geschehen, das erstmal, als die ersten Beschlüsse über die Einführung von Schlichtungsausschüssen gefaßt waren. In einer Erklärung des Kabinetts vom 8. März wird dazu gesagt, daß die Reichsregierung ihren bisherigen Standpunkt gegen Schlichtungsausschüsse zurückziehen wollen, wenn ihnen die Beugnis ermöglicht die Einführung nur zuzulassen würde.

1. bei Eingriffen gegen das Wahlerfahren und der Zusammenfassung der Beamtenträger.
2. bei Anerkennung der Mitgliedschaft im Beamtenträteegezet.
3. bei Eingriffen gegen die Geschäftsordnung und noch näher zu bestimmenden Punkten der Geschäftsführung der Beamtenträteegezet.
4. bei Kündigung von Beamtenträgern und Arbeitern, die nicht dem Beamtenträteegezet unterliegen (§ 12, Abs. 2 und § 13, Abs. 4 Beamtenträteegezet).

Die Schlichtungsausschüsse sollten also mit Ausnahme des Punkt 4 nur mit inneren Angelegenheiten der Beamtenträteegezet betraut werden. Worauf es allein ankommt: daß die Schlichtungsausschüsse die Maßnahmen der Beamtenträteegezet lüsen und fällen, das lehnte die Regierung kategorisch ab. Und für ihr „Eingreifenkommen“ sollte die Regierung die Beamtenträteegezet durch eine Anzahl anderer kleiner Verbesserungen der Vorlage wieder befristet werden.

Der zweite Eingriff erfolgte nach Beschluß der zweiten Lesung der Vorlage im Ausschuss. Die Vertreter aller Parteien mit alleiniger Ausnahme der Kommunisten wurden zum damaligen Reichsminister Cuno geladen, dort fand eine Aussprache statt. Die Vertreter erklärten, daß sie sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträteegezet nichts übrig als die alte jämmerliche Grobverfassungsvorlage. Die Parteien sollten sich nicht an dem Entwurf beteiligen, wenn Stellung zu den Beschlüssen und das Recht ist, eine neue Denkschrift, in welcher die Regierung nicht weniger als 13 neue Anforderungen vordringt. Wenn diesen „Veränderungen“ Rechnung getragen würde, hieß von dem Beamtenträ

